

Ländervergleich zu Kita- und Schulschließungen

Bericht: FernUniversität in Hagen

In der Corona-Pandemie waren Schulen und Kitas in Deutschland ab Mitte März geschlossen. In den Wochen vor den Sommerferien wurden sie – mit unterschiedlichem Tempo je nach Bundesland – wieder geöffnet. In Schweden hingegen waren Kitas und Schulen nie zu, Italien hat sie gerade erst wieder geöffnet. Jedes Land hat hinsichtlich Schul- und Kita-Schließungen unterschiedlich auf die Corona-Bedrohung reagiert. Dr. Sonja Blum, Politikwissenschaftlerin an der FernUniversität in Hagen, hat die Reaktionen von 28 europäischen Ländern verglichen. Sie stellte fest, dass es bei den Reaktionen nicht nur schwarz oder weiß, also geöffnet oder geschlossen, sondern dazwischen auch sehr viele Graustufen gab.

„Schweden stand sehr im Fokus der Medien. Es gab aber noch einige weitere Länder, die ihre Schulen und Kitas offengelassen oder sehr schnell wieder geöffnet haben“, erklärt die Habilitandin im Lehrgebiet Politikfeldanalyse und Umweltpolitik der FernUniversität in Hagen. So blieben auch in Island Schulen und Kitas oder in Finnland die Kitas geöffnet.

Ein Grund für die jeweiligen Entscheidungen waren die Infektionszahlen in den Ländern. „Darüber hinaus kann man aber auch festhalten, dass die allgemeine Präventionsstrategie des jeweiligen Landes die Schließungen beziehungsweise Wiedereröffnungen beeinflusst hat“, erläutert die Politikwissenschaftlerin. Länder, die das primäre Ziel hatten, die Hochrisikogruppen zu schützen – zu denen Kinder nun einmal nicht gehören – haben sich eher dazu entschlossen, die Einrichtungen nicht zu schließen beziehungsweise schnell wieder zu öffnen. Länder, bei denen gemeinsame Präventionsmaßnahmen der Gesamtbevölkerung im Vordergrund standen, haben sich eher für Schließungen entschieden.

Nicht nur schwarz oder weiß

Insgesamt hat Blum festgestellt, dass es bei den Reaktionen nicht nur schwarz oder weiß, also geöffnet oder geschlossen, sondern dazwischen auch sehr viele Graustufen gab.

In Deutschland konnten die Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen weiterhin die Einrichtungen besuchen, in Österreich alle Kinder, für die es keine Betreuungsalternative gab. Bei der Wiedereröffnung haben sich einige Länder zunächst für eingeschränkte Öffnungszeiten entschieden, andere haben die Gruppen geteilt. Welche Strategien hier gefahren wurden, hing auch davon ab, welcher Aspekt der Kinderbetreuung als besonders wichtig angesehen wurde. Denn Kitas und Grundschulen ermöglichen Kindern nicht nur Bildung, sondern geben ihren Eltern auch Zeit zu arbeiten und verringern soziale Ungleichheiten.

Expertin auf dem Gebiet

Was den Ländervergleich in Hinblick auf Kinderbetreuung angeht, ist die FernUni-Wissenschaftlerin eine Expertin. Sie ist bereits seit zehn Jahren im Netzwerk „Leave network“ aktiv. Das interdisziplinäre Netzwerk ist aus einem EU-Projekt hervorgegangen und schaut sich in aktuell 45 Ländern die Themenbereiche Elterngeld und Elternzeit an. Einmal im Jahr veröffentlicht es einen Bericht, in dem der Status quo in 45 Ländern dargestellt und miteinander verglichen wird. Blum ist eine der Herausgeberinnen des Berichts. „Er wird viel für weitere Forschungen, aber auch von nationalen Verbänden und internationalen Organisationen genutzt, so zum Beispiel von der Europäischen Kommission oder der Internationalen Arbeitsorganisation.“

Aufgrund der Pandemie hat das Netzwerk in diesem Jahr eine Zusatzerhebung in den Bericht aufgenommen. Ein besonderer Fokus liegt auf Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung und Schulen, Mutterschutz, Elternzeit und der Einführung besonderer Lohnersatzzahlungen in der Corona-Zeit.

Grundlage für weitere Forschung und politische Entscheidungen

„Insgesamt ist unsere Forschung noch Work in progress“, betont Blum. Die ersten Ergebnisse bieten aber bereits eine gute Grundlage für weitere Forschungen. „In den nächsten Schritten möchten wir uns zum Beispiel genauer angucken, warum es zu den unterschiedlichen politischen Entscheidungen gekommen ist. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist es außerdem zentral, herauszufinden, inwiefern Länderunterschiede in den Maßnahmen über die Zeit bestimmte Wirkungen zeigen, unter anderem auf die Geschlechtergerechtigkeit.“

Die Arbeiten bieten aber nicht nur für weitere Forschungen eine gute Basis, sondern auch für zukünftige politische Entscheidungen. Zu Beginn der Krise mussten diese noch ohne Erfahrungswerte gefällt werden. „Jetzt können wir von den unterschiedlichen Reaktionen und deren Folgen lernen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Entscheidungen in den einzelnen Ländern daher in Zukunft weniger unterschiedlich ausfallen.“

14.10.2020

Stephan Düppe

Stabsstelle 2 – Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

FernUniversität in Hagen

Quelle:

www.idw-online.de

www.fernuni-hagen.de